



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/130 - 9.6.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Was dem Bundesrat verschwiegen wurde...	S. 1
Die Schwäche der französischen Kommunisten	S. 3
Bundesregierung plant Staatsrundfunk	S. 5
Bonner Gleichschaltungsversuch missglückte	S. 7

## Die wahre Bindungsklausel

W.H. Wer die Konsequenzen eines internationalen Vertrages beurteilen will, tut gut daran, dafür nicht staatsmännische Trink-sprüche, sondern die Verträge selbst heranzuziehen. Solange der Bundeskanzler daher nicht in der Lage ist, aus dem Texte des Generalvertrages selbst plausibel nachzuweisen, dass er ein Recht hat, davon "überzeugt" zu sein, "dass mit diesen Verträge der erste Schritt zur Wiedervereinigung getan ist", bleibt seine Überzeugung wenig beweiskräftig. Unter der Voraussetzung, dass auch er nur an eine Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln denkt, wird er diesen Nachweis auch nicht führen können. Jedenfalls nicht aus den Formulierungen des Vertrages, auf die er sich nach ihrem obenhin gelesenen Wortlaut allein berufen könnte.

Gerade jene Stellen der Bonner Konvention, in denen die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als gemeinsames Ziel der Vertragspartner bezeichnet wird, erweisen sich bei näherem Zusehen als das stärkste und schier unüberwindbare Hemmnis, um eben dieses Ziel zu erreichen. Sie enthalten in wahrhaft kunstvoller Verschlei-erung all das und noch mehr, was auch die Koalitionsparteien vor der Unterzeichnung als unerträglichen Inhalt der sog. Bindungs-klausel des Art. 7<sup>III</sup> angesehen hatten.

Eine kleine Stellenverschiebung hat genügt, um alles wieder ins Lot zu bringen. Denn der Art. 7<sup>II</sup> würde - falls der Vertrag

ratifiziert wird - im Zusammenhang mit dem letzten Absatz der Präambel eine Festlegung der Vertragspartner auf eine bestimmte Form der Wiedervereinigung bewirken, die jede Chance echten Verhandeln mit dem Osten im Kern zerstörte. Denn einzig ein vereintes Deutschland, das insgesamt in das westliche Verteidigungssystem integriert ist, in dem auch die Bewohner der Ostzone der EVG-Wehrpflicht unterworfen wären, setzen sich die Unterzeichnerstaaten in jenen Vorschriften zum Ziel.

Um das zu sehen, muss man die einzelnen Vorschriften des Vertrages als Einheit begreifen. Im dritten Absatz der Präambel heisst es zwar,

"dass die Wiederherstellung eines völlig freien und vereinigten Deutschlands auf friedlichem Wege und die Herbeiführung einer frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelung... ein grundlegendes und gemeinsames Ziel der Unterzeichnerstaaten bleibt".

Dass an eine "frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung" für ein wiedervereinigtes Deutschland in Wahrheit aber nicht ernsthaft gedacht wird, zeigt die Ergänzung dieser Beteuerung im letzten (siebten) Absatz der Präambel. Dort heisst es - und die letzten Worte sind die entscheidenden -, dass der Vertrag in der Erwägung abgeschlossen werde,

"dass die Bundesrepublik und die Drei Mächte sowohl die neuen Beziehungen, die durch diesen Vertrag und seine Zusatzverträge geschaffen werden, als auch die Verträge zur Bildung einer integrierten europäischen Gemeinschaft, insbesondere den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und den Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft als wesentliche Schritte zur Verwirklichung ihres gemeinsamen Strebens nach einem wiedervereinigten Deutschland anerkennen, das in die europäische Gemeinschaft integriert ist".

Es heisst, dem Vertragswerk keinerlei Gewalt antun, sondern ihn nur den üblichen völkerrechtlichen Interpretationsmethoden gemäss auslegen wenn man im mittleren Teil dieses Absatzes eine klare Begriffsbestimmung dessen sieht, was unter der integrierten "europäischen Gemeinschaft" verstanden werden soll. Nämlich eine Gemeinschaft, die konstituiert wird, deren Wesen und Begriff bestimmt wird durch Schumanplan und EVG. Der Absatz enthält eine für das ganze Vertragswerk verbindliche Legaldefinition und eine völkerrechtliche Verpflichtung zugleich. Denn so selbstverständlich wie Präambeln auch völkerrechtliche Verpflichtungen enthalten, so selbstverständlich sind ihre Begriffsbestimmungen auch für den ganzen Vertrag massgebend.

Unter diesen Perspektiven muss man den Art. 7<sup>II</sup> lesen. Er

laetet:

"Bis zum Abschluss der friedensvertraglichen Regelung werden die Bundesrepublik und die Drei Mächte zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist".

In die "europäische Gemeinschaft", wie sie oben definiert ist: also in Schumanplan und EVG. Kein Weg führt an dieser Auslegung vorbei! -

Weit geht diese Regelung über alles hinaus, was je in der Bindungsklausel des Artikels 7<sup>III</sup> gestanden hat. Denn die automatische Erstreckung der militärischen Pflichten Westdeutschlands auf das ganze Deutschland war ein Scheck auf die Zukunft. Ob er unter völlig veränderten Umständen würde eingelöst werden können, musste auch den Westmächten zweifelhaft bleiben. Sie konnten ohne Not darauf verzichten und sie haben es getan, allerdings mit der Auflage, dass ein vereintes Deutschland, das die Pflichten der Verträge nicht übernimmt, auch der Rechte verlustig gehen soll, mithin also sofort wieder in den Status des aufgeteilten Besatzungslandes zurückfällt.

Der Art. 7<sup>II</sup> verspricht den Westmächten jedoch mehr, nämlich eine gegenwärtige Leistung. Jede deutsche Regierung wäre durch ihn gebunden, sich nur für eine solche Wiedervereinigung einzusetzen, die sicherstellt, dass das gesamte Deutschland dem westlichen Militärsystem zugeschlagen wird. Praktisch heisst das, dass die Vertragspartner sich völkerrechtlich verbunden haben, nichts, aber auch gar nichts für die Wiedervereinigung Deutschlands zu tun, was auch nur den Schatten einer Aussicht hätte, aus dem Zustand der politischen Möglichkeit in <sup>den</sup> der geschichtlichen Wirklichkeit überzugehen. Oder kann noch jemand ernstlich daran zweifeln, dass der Osten nie und nimmer einer Wiedervereinigung zustimmen wird, wenn EVG-Garnisonen in Frankfurt-Oder zur Bedingung gemacht werden? Man muss nicht "Neutralist" sein, um das für ganz unwahrscheinlich zu halten. -

Die Form der Wiedervereinigung, die sich der Generalvertrag allein zum Ziel setzt, ist daher - den Friedenswillen vorausgesetzt - eine unmögliche. Die vertraglichen Versprechungen auf sie hinzuwirken, sind ein Versprechen zu unmöglicher Leistung.

Durch ein geschicktes Gaukelspiel mit dem dritten Absatz des sechsten Artikels ist es dem Bundeskanzler gelungen, Kabinett, Koalition und einen grossen Teil der Presse zu beruhigen. Ist es reiner Zufall, dass in der dem Bundesrat zugegangenen Begründung zum Entwurf des Ratifikationsgesetzes der zweite Absatz jenes Artikels auch nicht mit einem Wort erwähnt wird? Hält es der deutsche Aussenminister in diesem Falle vielleicht für ausreichend, wenn einem zustimmenden Bundestage Aufklärung über die politischen Konsequenzen dieser Vorschrift erst nach der Ratifikation durch den französischen Kollegen zuteil würde? Er selbst ist solche Belehrungen von ihm gewöhnt. Wir aber hätten gerne von ihm selber Auskunft.

+ + +

Was denken die französischen Kommunisten ?Von unserem Pariser H.A.-Korrespondenten

Seit dem 28. Mai, dem Tage der Verhaftung von Duclos, hat die französische Regierung eine neue Politik in der Bekämpfung des Kommunismus proklamiert. Verhaftungen (selbst solche "präventiver" Art), Streik- und Versammlungsverbote, Zeitungsbeschlagnahmungen sind die neuen Mittel, deren legaler Charakter nicht immer offenkundig ist. In derselben Zeit behaupten die Kommunisten offen, ihren Kurs zu verschärfen und von der Unterschriftensammlung zu "wirklichen Aktionen" überzugehen.

Die KPF dürfte etwa 600.000 Mitglieder zählen. Sie ist die bei weitem mächtigste politische Organisation Frankreichs, mit der sich keine andere Partei weder an Zahl noch an Disziplin und Schlagkraft ihrer Mitglieder messen kann. Bei den vor einem Jahr stattgefundenen Parlamentswahlen erhielt sie fünf Millionen Stimmen oder 26% des Wahlkörpers. Die letzten Betriebsratswahlen lassen zwar hier und dort einen Rückgang feststellen, der sich aber in recht bescheidenen Grenzen hält. So erhielt die kommunistische Gewerkschaft bei den letzten Betriebsratswahlen in der Eisenbahn 66% gegen 68%. Stattdessen zeigen die letzten Streikversuche, die gegen die Verhaftung von Duclos unternommen wurden, dass sich grosse Teile der kommunistischen Arbeiter nicht mehr leicht in Parteiaktionen pressen lassen.

Wir erleben hier einen Widerspruch: einesteils wählt die Mehrheit der französischen Arbeiterschaft kommunistisch, andernteils folgt sie nicht mehr allen Parteiparolen. Das drückt zweifellos eine bestimmte Unzufriedenheit aus. Die neue "ultralinke" Taktik wird kaum dazu angetan sein, ihr Rechnung zu tragen. Was denkt nun die Masse dieser mehr oder weniger kommunistischen Arbeiter? Eine kürzlich stattgefundenene Untersuchung des französischen Gallup-Institutes gibt uns darüber einige Auskunft.

Den "Untersuchten" wurden eine Vielzahl von Fragen vorgelegt, die ziemlich ins Detail gehen und uns erlauben, ein Bild ihrer Gedankenwelt zu gewinnen. 65% der KP-Wähler sagten, dass sie von der Partei zuerst eine Verbesserung ihrer sozialen Lage erwarten.

Nur 25% sprachen von der "Verteidigung des Friedens". Interessant ist auch, dass nur 25% glauben, dass ein enges Band zwischen der KPF und der Sowjet-Union bestehe. Die Mehrzahl glaubt, dass es nicht mehr als "Sympathien" gebe. Das führt auch dazu, dass viele die russischen Themen der Parteipropaganda kritisieren. Von den Befragten erklärten sich nur 9% dem Parlament feindlich eingestellt, während 50% in der KP den besten Verteidiger demokratischer Freiheiten sehen. Besonders seltsam ist, dass sich auch nur 40% für eine Revolution aussprachen.

In derselben demokratischen Linie ihrer Gedankengänge liegt es, wenn nur 43% der KP-Wähler für das Verbot feindlicher Parteien, besonders des Gaullismus eintreten, ein Prozentsatz, der bei den bürgerlichen Parteien, was ein Verbot der KP anbelangt, auf 75% steigt. Was aber besonders bemerkenswert ist und was zeigt, wie wenig "linientreu" die französischen KP-Wähler sind, das ergibt ihre Stellung zum Krieg: in einem Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion sind nur 22% dafür, die Partei des "Vaterlands der Werktätigen" zu verteidigen, während sich 65% für die Neutralität aussprechen.

Wenn man auch gegenüber den Meinungsbefragungen ein gewisses Misstrauen haben darf, so kann man doch in diesem Falle sagen, dass die Enquete einen grossen Grad von Wahrscheinlichkeit besitzt. Die demokratisch-sozialistische Tradition Frankreichs beeinflusst selbst die von der KP erfassten Arbeitermassen. Der Individualismus und das grosse Unabhängigkeitsbedürfnis tun ein Übriges, um aus ihnen "schlechte Stalinisten" zu machen. Die Zeitschrift "Réalités" konnte von ihnen mit Recht sagen: "die Partei, die sie wählen, stellt in ihren Augen - ohne dass sie es wissen - das dar, was für die britischen Arbeiter die Labour Party ist". Und man kann der Zeitschrift auch darin zustimmen, dass das Problem heisst "ihnen eine grössere Chance zu bieten, um ihre Interessen zu verteidigen und ihre Lage zu verbessern". Die Tragik der Lage besteht bis heute darin, dass es eine solche Chance noch nicht gibt. Und man braucht wohl nicht hinzuzufügen, dass die systematisch betriebene Repression einer konservativen Besitzregierung diese Chance nicht darstellt und im Gegenteil dem Stalinismus neue Möglichkeiten eröffnet, indem er an das in Frankreich lebendige Rechtsgefühl appellieren kann.

Propagandasendungen in Neuauflage

J.F.W. Das beste und wirksamste Mittel, um zutreffende Vorstellungen über Deutschland ausserhalb unserer Grenzen zu schaffen, neue Freundschaften zu vertiefen und altes Misstrauen langsam zum Verschwinden zu bringen, bietet der Rundfunk. Über seine Wellen kann die Verbindung zu den Deutschen hinter dem Eisernen Vorhang und im Ausland besser als auf jedem anderen Wege verstärkt werden. Schon vor Monaten forderte deshalb die SPD im Bundestag die Errichtung eines Langwellensenders, der, zusammen mit dem seit längerer Zeit von den deutschen Rundfunkanstalten geplanten Kurzwellendienst, dieser Aufgabe dienen sollte.

Die Bundesregierung hätte durch verständnisvolle Förderung dieses Anliegens die Möglichkeit gehabt, endlich einmal zu beweisen, dass es ihr mit dem oft verkündeten Willen zur Zusammenarbeit über die Grenzen der Parteien hinaus ernst ist. Sie hat diese Chance nicht genutzt und statt dessen einen Plan, der die Unterstützung aller an Deutschlands Geltung interessierten Kräfte hätte finden können, zu einem Projekt egoistischen Machtstrebens verfälscht. Denn die Vorschlagszur Einführung von Auslandssendungen, die von Regierungsseite den Rundfunkanstalten jetzt mit ultimativer Terminstellung vorgelegt wurden, dienen nur einem Ziel: der Bundesregierung ein willfähriges Instrument zur Meinungslenkung zu schaffen. Das Verlangen, den Mitarbeiterstab für die Auslandssendungen nach Regierungswünschen zu berufen, Regierungssprechern jederzeit Sendetermine einzuräumen und die täglichen Nachrichten unter Einfluss der Regierung zusammenzustellen, wird niemand unterstützen können, dem es um das deutsche Ansehen wirklich zu tun ist.

Ein staatlich gelenkter Propagandasender - und nichts anderes muss aus einem derart dirigierten Rundfunkdienst werden - kann im Ausland nur die Wirkung haben, von vornherein jedes Vertrauen zu seiner Objektivität zu zerstören. Mit Zweckmeldungen berieseln bereits die Staatssender der Ostzone erfolglos den Äther. Jahrelang trompetete der Goebbelsche Rundfunk seine Propaganda in alle Welt, ohne etwas anderes zu erreichen, als ein weltweites Misstrauen. Es bedarf schon einer kaum glaubhaften Naivität, um anzunehmen, dass die gleichen Methoden, von der Bundesregierung angewandt, ein bes-

seres Echo im Ausland haben könnten.

Doch die Absichten der Bundesregierung werden weniger von eigener Naivität als von einer Spekulation auf die Gutgläubigkeit der Öffentlichkeit bestimmt. Daher beruft sie sich auf die Auslandsdienste im Rundfunk anderer europäischer Staaten und rechnet hierbei mit der Unkenntnis über deren Aufbau. Nochmals: Deutsche Sendungen über die Grenzen hinweg sind wünschenswert. Darum planten sie die Rundfunkintendanten, darum forderte die SPD einen Langwellensender.

Wodurch aber erwarb sich etwa die britische BBC Hörer in aller Welt? Gerade durch die Tatsache, dass sie sich, von der Regierung unabhängig, bemüht, ein wahrhaftiges Bild von England, von allen Strömungen in der Politik des Inselreiches zu zeichnen. Nur ein staatsunabhängiger Rundfunk kann auf Vertrauen in die Ehrlichkeit seiner Sendungen, in die Objektivität seiner Nachrichten rechnen. Diese Unabhängigkeit schliesst eine Fühlungnahme mit den bestimmenden Kräften der deutschen Politik keineswegs aus. Eine beratende Mitwirkung der zuständigen Bundestagsausschüsse in der Programmplanung der Auslandsendungen könnte durchaus von Vorteil sein. Aber zwischen dieser Zusammenarbeit und der geforderten Regierungskontrolle ist ein himmelweiter Unterschied.

Der vorliegende Entwurf eines Maulkorbgesetzes für die Presse, Regierungspropaganda im Auslandsrundfunk, Vorbereitung eines Gesetzes zur Knebelung der innerdeutschen Sender, das alles liegt auf der gleichen Linie. Stein um Stein fügt sich zu der Mauer, die die Meinungsfreiheit in Deutschland einkerkeren soll. Hier muss der Bundestag wachen! Ganz offensichtlich ist die Regierung bestrebt, ihn beim Aufbau ihres Auslandsrundfunks auszuschliessen. Sie will ihren Propagandasender durch ein Verwaltungsabkommen mit Radio Bremen schaffen, die Bedenken des in Finanzsorgen verstrickten Intendanten sollen durch Zuwendungen an seinen Sender besänftigt werden. So hofft man um Adenauer, sich durch geschickte Taktik von der Zustimmung der Volksvertretung unabhängig zu machen. Hier handelt es sich aber um politische Massnahmen von weittragender Bedeutung - der Bundestag wird sich daher seine Entscheidungsfreiheit nicht nehmen lassen.

+ + +

Missglückte Gleichschaltung

ler. Mächtige Einflüsse waren und sind am Werke, die DVP-SPD-BHE-Koalition in Baden-Württemberg wieder zu zerschlagen. Staatssekretär Lenz, die rechte Hand des Bundeskanzlers, setzte in allerhöchstem Auftrag die DVP unter Druck, der FDP-Gesamtverband drohte sogar mit dem Ausschluss und die Industrie mit dem Entzug ihrer Hilfgelder - die DVP blieb fest. Sie liess sich nicht beirren. Sie betrachtet sich in erster Linie als Sachwalterin der Interessen ihres Landes und nicht als Befehlsempfänger von Bonn. Sie ist ihren Wählern verpflichtet, und diese verlangen gerade von ihr die Haltung, die in der Koalition mit der zweitstärksten Partei des Landes zum Ausdruck kommt.

Wer noch daran zweifelte, musste vom Verlauf des ausserordentlichen Parteitages der DVP am letzten Sonntag in Stuttgart eines Besseren belehrt werden. 300 freigewählte Delegierte bestätigten die Richtigkeit der vom Vorstand der DVP eingeschlagenen Politik - und nicht im Sinne des Vizekanzlers Blücher, der die Hoffnung gehegt hatte, die Differenzen der FDP mit den Stuttgarter Demokraten würden "bereinigt" werden. Die Gegensätze mit der Gesamtpartei bleiben in voller Schärfe bestehen. Die badisch-württembergischen Demokraten, Träger liberalen Gedankengutes, wollen nicht Büttel der Bonner Regierungspolitik sein; in einer Zeit innerpolitischer Hochspannung erwerben sie sich damit geradezu ein nationales Verdienst.

Die Versuche, die Stuttgarter Koalition aus den Angeln zu heben, gehen unter anderem von jener CDU-CSU aus, die bei den Beratungen über das Grundgesetz auf eine möglichst starke und vom Bonner Zentralismus weitgehend unabhängige Stellung der Länder Wert legte. Das Eigenleben der Länder ist aber nur erwünscht, soweit es nicht mit den besonderen Bedürfnissen und Interessen der Bundesregierung im Widerspruch steht. Dann werden aus Föderalisten wütende Zentralisten. Die Abfuhr, die sie in Stuttgart nun bekamen, wird sie sehr schmerzen, zeigt sie doch mit erfrischender Klarheit, dass dem Gleichschaltungsdrang Bonns Grenzen gezogen sind.

---

Verantwortlich: i.V. Albert Exler